



Bundesministerium für  
Verbraucherschutz, Ernährung  
und Landwirtschaft

**TELEFAX**

Herrn  
Anton

*M. Lübbekow am  
25.8.  
Dr. Lübbekow  
26.8.31  
U. L. Handt  
26 524*

*Dr. Lübbe*

POSTANSCHRIFT Postfach 14 02 70, 53107 Bonn

TEL +49 (0)1888 529 - 3683

FAX +49 (0)1888 529 - 4262

E-MAIL poststelle@bmvvl.bund.de

INTERNET www.verbraucherministerium.de

AZ 524

DATUM 24.08.2005

Telefax-Nr.: 3276

Terminsache vorlegen bis: *sofort, Termin*

Seitenanzahl: 11  
(ohne Vorblatt)

Betreff: IKZM

Bezug: *Telefonat von heute*

- Rückfragen bitte mit Dr. Anton  
Teil 4288 klären.
- Überarbeitungsbedürftiges kann bilateral  
mit mir besprochen werden.

Mit freundlichen Grüßen

*Lübbe*

(Unterschrift)

sicherheit (BMU), das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL), das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) und das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA).

Zu den **Bundesbehörden/-anstalten** gehören u.a. die Biologische Anstalt Helgoland (BAH) in der Stiftung Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung, das Bundesamt für Naturschutz (BfN) in Bonn, das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) in Hamburg, das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) in Salzgitter, die Bundesforschungsanstalt für Fischerei (BFAF) in Hamburg, die Bundesanstalt für Gewässerkunde (BfG) in Koblenz, das Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin (BgVV) in Berlin, das Umweltbundesamt (UBA) in Dessau sowie die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV).

**Nationale Beratergremien** mit Verantwortung für den Küstenbereich sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (SRU) und der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU).

Den verschiedenen **Landesministerien** und **Landesbehörden** der Küstenbundesländer obliegen diverse Verwaltungsaufgaben im Küstenmeer. Hervorzuheben sind dabei die beiden (Landes-) Bergämter Clausthal-Zellerfeld und Stralsund, die die Aufgaben des Bundesberggesetzes (BBergG) für den Festlandssockel erfüllen. *Für den Küstenschutz sind die Umweltministerien zuständig.*

### 3.5 Wirtschaftliche Akteure im Küstenbereich

Um die ökologische, wirtschaftliche und soziale Situation der Küstenbereiche genauer zu kennzeichnen, werden für wesentliche einzelne Nutzungsformen im folgenden jeweils der Status quo, die Perspektiven und zentralen Strategien, der rechtliche Rahmen, die ökonomische, ökologische und soziale Relevanz sowie bedeutsame Konflikte mit anderen Nutzungsformen benannt.

#### 3.5.1 Schifffahrt

**Status quo:** Nord- und Ostsee gehören zu den am meisten und dichtesten befahrenen <sup>Meere</sup> ~~Gewässern~~ der Welt und die Seeschifffahrt, über die ca. 20% des deutschen Außenhandels abgewickelt werden, ist von erheblicher Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Die deutsche AWZ und der küstennahe Meeresraum werden in Nord- und Ostsee deutlich durch die Seeschiffahrtsstraßen und Seeverkehrskorridore geprägt. Der intensive *interzonale Seeverkehr* ist dabei zum einen Folge der engen wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Deutschland, seinen europäischen Nachbarländern und vielen Ländern anderer Kontinente als auch Ausdruck der Bedeutung der ~~See~~ <sup>Meere</sup> ~~wässer~~ als Seeverkehrsverbindungen für den durchquerenden internationalen Schiffsverkehr. In der Nordsee ist der Schiffsverkehr zwischen einigen der bedeutendsten europäischen Häfen (unter anderem Hamburg und Bremerhaven) maßgeblich. Als Teil der maritimen Verbundwirtschaft steht die Seeschifffahrt in enger Verbindung mit der Hafenenwicklung, dem Schiffbau, der Küsten- und Binnenschifffahrt sowie der Anbindung an die Landverkehrsnetze. Die Entwicklung der letzten zehn Jahre wurde durch die anhaltend hohen Wachstumsraten im Containerumschlag bestimmt (insgesamt ca. 120%), gleichzeitig entfallen etwa die Hälfte der Schiffsbewegungen auf den Fährverkehr. In der Ostsee ist zusätzlich der Durchgangsverkehr zu russischen Ölhäfen sowie das Wachstum im

### 3.5.8 Sand- und Kiesgewinnung

Feinschluff-  
Licht

**Status quo:** Sand- und Kiesabbau an der Küste und in der AWZ ist ein wachsender Wirtschaftszweig, der bis zu 15% des nationalen Bedarfs deckt. Die Aggregate finden hauptsächlich im Küstenschutz, der Strandregeneration, Hafenerweiterungen und in der Bauindustrie Verwendung. Die meisten kommerziell interessanten Sand- und Kiesablagerungen finden sich in den flacheren Gebieten der Nordsee von 6 bis 20 m Tiefe.

+ Ostsee

**Perspektiven / Strategien:** Vor dem Hintergrund der Konfliktpotentiale auf dem Land und der Verknappung der Rohstoffe wird der Offshore-Abbau voraussichtlich an Bedeutung gewinnen. Es sind bereits eine Reihe von Abbaugenehmigungen erteilt worden; das Gesamtvolumen der nutzbaren Ablagerungen ist bisher noch nicht bestimmt.

**Rechtlicher Rahmen:** Aus völkerrechtlicher Sicht sind das Seerechtsübereinkommen und auch regionale Abkommen (wie z.B. das Helsinki-Übereinkommen) von Bedeutung. Auf bundesdeutscher Ebene regelt das Bundesberggesetz (BBergG) zur Sicherung der Rohstoffversorgung das Aufsuchen, Gewinnen und Aufbereiten von Bodenschätzen.

Krönner  
F - -

**Ökonomische, ökologische und soziale Relevanz:** Vor dem Hintergrund der wachsenden Abbaumengen gewinnt mariner Sand- und Kiesabbau an ökonomischer Relevanz. Entnahmen können nur begrenzt durch natürliche Prozesse ausgeglichen werden. Vor allem die Fischerei kann im Küstenschutz negativ betroffen sein. Ökologisch bedeutsam ist, dass im Abbaugelände Flora und Fauna beeinträchtigt werden. Auch die Dynamik der Küstensedimente kann negativ beeinflusst werden.

vom Bergesehend

**Konflikte** bestehen mit dem Naturschutz, dem Verlegen von Kabeln, der Fischerei und durch die potentielle Veränderung der Küstenmorphologie auch mit dem Küstenschutz.

vor dem Eigenbedarf

### 3.5.9 Fischerei und Marikultur

**Status quo:** Die Nordsee zählt zu den wichtigsten Fischfanggebieten der Welt. Zu den wichtigsten Konsumfischen zählen Hering, Makrele, Kabeljau und Seelachs. An der deutschen Nordseeküste ist besonders die Krabbenfischerei von Bedeutung. In der Ostsee sind die Küstengewässer von besonderer Bedeutung für die Fischerei. Die Aufzucht von Fischen, Krebstieren und Weichtieren in Salz und Brackwasser in der Marikultur findet bisher nur in den Küstengewässern und nicht in der AWZ statt, ist allerdings insgesamt noch von relativ geringer ökonomischer Relevanz mit jedoch deutlichen Wachstumschancen. An der Nordsee ist die Produktion auf Miesmuscheln und in geringem Ausmaß auch auf Austern konzentriert. Im norddeutschen Wattenmeerbereich besitzt die Marikultur derzeit aufgrund der strengen Regulierungen im Nationalparkgebiet eine eher geringe Bedeutung. In der Ostsee ist die Bedeutung aufgrund der ungünstigen natürlichen Rahmenbedingungen gering.

**Perspektiven / Strategien:** Trotz verschiedener Fangbeschränkungen sind wichtige Arten weiterhin z.T. massiv überfischt; bei einigen Arten ist unklar, ob eine Regeneration möglich ist. Der Trend geht deshalb sowohl in der Nord- als auch in der Ostsee zu weiter verschärften Fangquoten und Managementmaßnahmen. An der deutschen Nordseeküste geht die Zahl der im Fischfang

turen wie Hafenerweiterungen und absehbar durch Offshore-Windparks, die Fanggebiete unzugänglich machen, Kabel- und Rohrtrassen und die Ausweisung von Meeresschutzgebieten.

### 3.5.10 Landwirtschaft

**Status quo:** In großen Teilen der deutschen Küstengebiete ist die Landwirtschaft die flächenmäßig deutlich dominierende Nutzung. Aufgrund der ökonomischen Randbedingungen hat sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in den vergangenen Jahrzehnten zwar sehr stark verringert; die Größe der einzelnen Höfe hat sich jedoch stark vergrößert. Nach wie vor kommt der Landwirtschaft in den strukturschwachen Küstenräumen eine große wirtschaftliche und v.a. soziale Bedeutung zu.

**Perspektiven / Strategien:** Trotz der strukturellen Veränderungen im Agrarsektor wird die Bedeutung der Landwirtschaft für die Küstenkreise voraussichtlich auch weiterhin erhalten bleiben. Ein Beitrag zu einer auf Nachhaltigkeit orientierten Entwicklung der Landwirtschaft soll von der "Nationalen Strategie zur ländlichen Entwicklung" ausgehen. Wie in den vergangenen Jahren wird auch absehbar die Entwicklung in der Landwirtschaft v.a. von der Agrarpolitik der EU bestimmt werden.

**Rechtlicher Rahmen:** Völkerrechtliche Regelung, die die Landwirtschaft betrifft ist v.a. das Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD von 1992). Aus europarechtlicher Sicht sind die Art. 32-38 EGV bedeutsam, die die Landwirtschaft zum Teil des gemeinsamen Marktes machen. Als wichtiges strukturpolitisches Element ist dabei die Verordnung über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) von 1999 hervorzuheben. In Deutschland sind neben Regelungen des BimSchG, des WHG und des UVPG unter anderem das Tierschutzgesetz (TierSchG), das Tierseuchengesetz (TierSG), das Gesetz zum Schutz der Kulturpflanzen (Pflanzenschutzgesetz - PflSchG), das Düngemittelgesetz (DüMG) und vor allem auch das neugeregelt Gesetz zur Regelung des Gentechnikrechts (GenTG) relevant. Daneben ist zudem die „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) und das „Bundesprogramm ökologischer Landbau“ zu beachten. *von Bedeutung*

**Ökonomische, ökologische und soziale Relevanz:** Neben ihrer ökonomischen Bedeutung für die wirtschaftlich schwachen Küstengebiete besitzt die Landwirtschaft auch eine erhebliche soziale Relevanz für die Erhaltung traditioneller Kulturlandschaften und der Dorfstrukturen als wichtigen ländlichen Sozialräumen. Ökologisch bedeutsam ist, dass die ökonomisch erforderliche Intensivierung der Landwirtschaft zu einer Reduzierung der ökologischen Bedeutung der genutzten Flächen geführt hat und der Austrag von Nährstoffen aus den Flächen in die Gewässer auch für den Nährstoffeintrag in den Küstenbereich relevant ist. Es ist in den letzten Jahren ein umfangreiches Regel- und Förderungswerk entstanden, um diese Auswirkungen zu reduzieren.

**Konflikte** bestehen insbesondere mit dem Naturschutz sowie mit dem Gewässerschutz.

+ ELER  
in Zukunft



Sie wird am 1.1.2007 abgelöst von der Verordnung zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds (ELER-VO)

11.08.2005

BIOCONSULT  Schuchardt & Scholle

**Konflikte** können mit dem Naturschutz und geplanten Offshore-Windenergieparks bestehen. Für den Schutz "offener Seeschiff" als öffentlichem Gut vor Beeinträchtigungen fehlen in der Raumordnung Instrumente.

### 3.6 Weitere Akteure, Aktivitäten und Instrumente im Küstenbereich

#### 3.6.1 Küstenschutz

**Status quo:** Die ausgedehnten Niederungen an der Nordsee und in geringerem Umfang auch an der Ostsee sind ohne Küstenschutzmaßnahmen nicht besiedelbar und Maßnahmen zum Schutz vor Sturmfluten und (historisch) zur Landgewinnung haben insbesondere an der Nordseeküste gleichermaßen die Landschaft und die regionale Kultur geprägt. Neben Deichen gehören auch Sturmflutsperrwerke, Vorlandsicherungen, Vorspülungen, senkrechte Uferwände u.a. zu den Maßnahmen des Küstenschutzes; an der Ems sind die bestehenden Anlagen durch den <sup>Teilweise</sup> ~~umstrittenen~~ Bau eines Sturmflutsperrwerks ergänzt worden. Der säkulare Meeresspiegelanstieg erfordert eine kontinuierliche <sup>Erneuerung</sup> ~~Erneuerung~~ und Verstärkung der Küstenschutzanlagen, die <sup>unterstützt</sup> ~~auf~~ durch <sup>den</sup> erheblichen finanziellen Beitrag des Bundes <sup>möglich ist</sup> ~~unterstützt~~ wird.

**Perspektiven / Strategien:** Seit dem Ende der Landgewinnung im Küstenbereich beschränken sich die Maßnahmen heutzutage auf den Erhalt der bestehenden Schutzanlagen bzw. des bestehenden Schutzniveaus. Um die Auswirkungen auf Naturflächen zu verringern, wird <sup>in</sup> ~~der~~ <sup>Managementstrategien</sup> ~~Managementstrategien~~ ein verstärktes Interesse gegenüber gebracht, die jedoch Akzeptanz in der Bevölkerung voraussetzen. Besonders im Ostseebereich bildet auch eine geordnete Deichrückverlegung eine Möglichkeit, Küstenschutz und Naturschutz in Einklang zu bringen und Aufwendungen für den Küstenschutz zu reduzieren. Langfristig ist für den Küstenschutz vor allem der Umgang mit den Effekten des globalen Klimawandels, etwa einem steigenden Meeresspiegel und veränderten Risiken für Extremereignisse, von großer Bedeutung, da sich hieraus neue Anforderungen an den Küstenschutz ergeben können. Von großer Bedeutung sind zudem die Erweiterung des Wissensstandes über küstendynamische Prozesse, die Funktionstüchtigkeit der Küstenschutzanlagen sowie die Analyse von Gefährdungen.

**Rechtlicher Rahmen:** Der Bund beschränkt sich auf seine Beteiligung über die in Art. 91a Abs.1 Nr.3 GG geregelte „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ und einige Vorgaben des Wasserhaushaltsgesetzes. Der Küstenschutz <sup>in</sup> ~~ist~~ <sup>deshalb vor</sup> ~~ist~~ <sup>aber</sup> ~~vorwiegend durch~~ <sup>den</sup> die Landeswassergesetze, bzw. Deichgesetze <sup>der</sup> ~~der~~ <sup>Küstenbundesländer</sup> ~~Küstenbundesländer~~ geregelt. Bedeutung haben zudem von den Bundesländern erstellte Generalpläne Küstenschutz, die vorwiegend programmatische Vorgaben enthalten.

**Ökonomische, ökologische und soziale Relevanz:** Das bestehende Schutzniveau stellt für die Küste eine zentrale Voraussetzung für Sicherung der wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen dar. Gleichzeitig sind mit den erforderlichen Verstärkungen der Küstenschutzanlagen ökologische Beeinträchtigungen verbunden. Die Ausgestaltung der Maßnahmen ist dabei von erheblicher Bedeutung für den Umfang der Beeinträchtigungen.

Land

Anpassung

Integrierte

Für Niedersachsen

Man kritisiert zwar die Konzentration der Finanzierung,

**Konflikte** können mit dem Naturschutz sowie bei Deichverstärkungen auch mit Anliegern sowie der touristischen Nutzung bestehen. Das Konfliktpotential mit dem Naturschutz ist in den letzten Jahren durch vermehrte Kommunikation und die Definition von gemeinsam getragenen Randbedingungen reduziert worden. ~~Allerdings war der Bau des Emssperrwerkes einer der zentralen Konflikte zwischen Natur- und Küstenschutz in der jüngeren Vergangenheit~~ *stimmt es nicht, streichen*

### 3.6.2 Notfallvorsorge und Havariekommando

**Status quo:** Zur Koordination des maritimen Umweltschutzes, zur Sicherheit des Schiffsverkehrs, des polizeilichen Grenzschutzes, des Zolls sowie des Fischereischutzes in Nord- und Ostsee haben sich die betroffenen Bundesministerien auf die Zusammenarbeit bei maritimen Aufgaben verständigt und am 01.07.1994 einen Koordinierungsverbund der Vollzugskräfte des Bundes als „Küstenwache“ ins Leben gerufen. Die Zusammenarbeit der beteiligten Bundesbehörden wird durch den „Gemeinsamen Ausschuss Küstenwache“ koordiniert. Zum Aufbau und zur Durchführung eines gemeinsamen Unfallmanagements auf Nord- und Ostsee hat das Havariekommando als gemeinsame Einrichtung des Bundes und der Küstenländer am 01. Januar 2003 seinen Betrieb in Cuxhaven aufgenommen ([www.havariekommando.de](http://www.havariekommando.de)). Die Umweltministerien des Bundes und der Küstenländer haben eine Expertengruppe „Umwelt“ initiiert, die dem Havariekommando beratend zur Verfügung steht.

**Perspektiven / Strategien:** Die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit der Küstenwache mit dem Havariekommando und den Wasserschutzpolizeien der Küstenländer zu einem engen Verbund wird als dringliche Aufgabe angesehen, da damit ein wirksames Instrumentarium zur Vermeidung und Bekämpfung von Meeresverschmutzung als Folge von Schiffsunfällen verbessert wird. Diese Zielsetzung ist Teil der in Vorbereitung befindlichen nationalen deutschen Meeresstrategie. Eine wichtige Voraussetzung zur Vermeidung von Meeresverschmutzung als Folge von Schiffsunfällen stellt die Stationierung von Notschleppern entlang der Hauptschiffahrtsrouten und die Einrichtung Notliegeplätzen dar.

**Rechtlicher Rahmen:** Völkerrechtliche Vorgaben ergeben sich insbesondere aus den Vorschriften des Seerechtsübereinkommens oder des Bergungsübereinkommens von 1989 sowie Rechtsakten der Internationalen Schifffahrtsorganisation (IMO). Ebenso wurden auf europäischer Ebene aufgrund schwerwiegender Schiffsunfälle diverse diesbezügliche Initiativen gestartet. Koordinierte Vorhaben auf bundesdeutscher Ebene stützen sich auf unterschiedliche Gesetzesgrundlagen mit Küsten- und Meeresbezug (z.B. Regelungen des Strafgesetzbuches, des Wasserhaushaltsgesetzes des Bundes (WHG) sowie der Wassergesetze der Länder) und erhalten ihre Rechtsform durch Verwaltungsvereinbarungen (wie z.B. die Vereinbarung zwischen Bund und den Küstenbundesländern zur Einrichtung des Havariekommandos).

**Ökonomische, ökologische und soziale Relevanz:** Die Abwehr von Umweltgefahren und das effektive Management von Notfällen und Unfallfolgen hat vor dem Hintergrund der potentiellen Folgen von Schiffshavarien oder Unglücken an Anlagen unterschiedlichster Art für die ökologische, wirtschaftliche und soziale Situation der deutschen Küste einen hohen Stellenwert.

### 3.6.12 Monitoring und Raumb Beobachtung im Küstenbereich

In Deutschland wird eine Vielzahl von Daten zur ökologischen, ökonomischen und sozialen Situation kontinuierlich im Rahmen unterschiedlichster Aufgaben und Zielstellungen erhoben.

**Raumb Beobachtung:** Das BBR erhebt flächendeckend für die Bundesrepublik und veröffentlicht in regelmäßigen Abständen Daten zu Bevölkerungszahlen, Arbeit, Bildung, Wirtschaft, Freizeit, Flächennutzung, Gesundheit, Siedlungsstruktur, Soziales, Umwelt, Verkehr und Energie, Wanderungen, Wohnen und Nachhaltigkeit. Diese Bereiche werden durch insgesamt 230 Indikatoren erfasst, mit denen die räumliche Entwicklung in den Kreisen oder Raumordnungsregionen sowie Zustand und Entwicklung der regionalen Lebensbedingungen gemessen und bewertet werden. Die Indikatoren werden nach Möglichkeit jährlich aktualisiert ([www.bbr.bund.de](http://www.bbr.bund.de)). Die Basisdaten der Laufenden Raumb Beobachtung Deutschland stammen im Wesentlichen von den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder. Neben diesen bundesweit vergleichbaren und verfügbaren Daten werden aber auch die Informationen anderer Behörden, Ämter und Organisationen genutzt.

**BLMP-Messprogramm:** Zur Beschreibung der Umweltqualität von Nord- und Ostsee werden im Rahmen des Bund-Länder-Messprogramms (BLMP) regelmäßig Untersuchungen durchgeführt, mit denen u.a. auch den Anforderungen des OSPAR Joint Monitoring and Assessment Programm (JAMP) für die Nordsee und für den Bereich der Ostsee die Anforderungen des HELCOM COMBINE entsprochen wird. Als übergreifendes Überwachungsprogramm für Nord- und Ostsee ermöglicht das Programm u.a. die Beschreibung der aktuellen Belastung und langfristiger Trends von Meerwasser, Sedimenten und Organismen und die Beurteilung der Auswirkungen anderer, nicht schadstoffgebundener anthropogener Faktoren. Messgrößen sind meeresphysikalische Parameter, Spurenmetalle sowie organische Spurenstoffe in Meerwasser, Sediment und Organismen, Nährstoffe, Sauerstoff, Schwefelwasserstoff sowie marine Lebensgemeinschaften (Phyto- und Zooplankton, Makrophytenbestand, Makrozoobenthos, Seevogelbestände). Damit werden insbesondere der Schadstoffproblematik und der Eutrophierung küstennaher Gewässer Rechnung getragen. Die Daten werden in der MUDAB (Meeresumweltdatenbank) beim BSH geführt und gepflegt, Berichte auf der Homepage des BSH unter MURSYS (Meeresumweltreportsystem) veröffentlicht. Die für die Nordsee erhobenen Daten sind ebenfalls Bestandteil des Trilateralen Wattenmeer Monitoring Programms (TMAP), das neben dem BLMP-Parametern noch weitere Messgrößen umfasst.

Weitere bedeutsame Informationen ergeben sich unter anderem aus den folgenden Informations- und Berichtssystemen:

Im Rahmen des KFKI

In dem dreijährigen Projekt „Nord- und Ostsee- Küsten-Informationssystem“ (NOKIS) haben Institutionen aus der Küstenforschung und dem Küsteningenieurwesen gemeinsam ein Metadaten-system entwickelt, das dem Austausch untereinander und mit der internationalen Gemeinschaft dient. Mit dem Pilotprojekt ist eine Basisversion für ein Metadaten-Informationssystem für die Nord- und Ostseeküste erstellt worden, das in seiner Konzeption als offenes System, mit Transparenz gegenüber existierenden und zukünftigen Systemen, eine Beteiligung weiterer Interessenten zulässt. Damit kann die Kommunikation sowie der Informations- und Datenaustausch innerhalb der deutschen Küstenforschung intensiviert und an die internationale Fachwelt angebunden werden. (<http://nokis.baw.de/>). Der für den deutschen Nord- und Ostseeraum bereits vorhandene, DV-gestützte Vorsorgeplan Schadstoffunfallbekämpfung (VPS) enthält eine Vielzahl von Daten, die eine schnelle Entscheidungsfindung im Havariefall unterstützen. Im Auftrag der fünf deutschen Küsten-

länder sowie in Zusammenarbeit mit dem BMVBW wurde hierfür eine Sensitivitätskartierung der deutschen Ostsee durchgeführt. Weitere Informationssysteme sind WATIS für das Wattenmeer sowie das daraus aufbauende Elbe-Informationssystem ELBIS<sup>5</sup> (<http://www.elbis.de>).

### 3.7 Zustand von Umwelt und Natur im Küstenbereich

Die aktuelle Umweltqualität des deutschen Bereichs von Nord- und Ostsee wurde in einem Sondergutachten des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen<sup>5</sup> beschrieben. Der Bericht macht deutlich, dass es für die beiden Meeresgebiete trotz zahlreicher nationaler und internationaler Schutzbestimmungen keine Entwarnung gibt. Einer Reihe von erreichten Entlastungen, z.B. hinsichtlich der anthropogenen Phosphat- oder Schwermetallfrachten in Nord- und Ostsee steht ein insgesamt stark zugenommener Nutzungsdruck gegenüber. Als zentrale Belastungen werden die intensive Fischwirtschaft, Schad- und Nährstoffeinträge, Umweltrisiken und Belastungen durch die Seeschifffahrt sowie lokale raumwirksame Eingriffe, genannt. Die nachfolgende Charakterisierung basiert wesentlich auf diesem aktuellen Sondergutachten sowie dem aktuellen Quality Status Report Wadden Sea<sup>6</sup>.

#### 3.7.1 Nähr- und Schadstoffbelastung

##### Nährstoffe

Nach wie vor gehören übermäßige Nährstoffeinträge (Phosphat- und Stickstoffverbindungen) in Nord- und Ostsee auch wegen der Langfristigkeit der Auswirkungen zur schwerwiegendsten Beeinträchtigung dieser Ökosysteme. Eintragspfade für Nährstoffe in Nord- und Ostsee sind die Luft, Flüsse und direkte Einleitungen im Küstenbereich. Durch Einführung der biologischen Klärung von industriellen und kommunalen Abwässern und die Verwendung phosphatfreier Waschmittel konnte der Eintrag von Phosphat über die Flüsse und direkte Einleitungen deutlich reduziert werden. Die erhöhten Stickstoff-Einträge in Nord- und Ostsee stammen heute überwiegend aus landwirtschaftlichen Quellen und konnten bisher weniger deutlich reduziert werden als die P-Einträge.

*noch nicht so eindeutig positiv ist.*

Als Folge sind die erhöhten P-Konzentrationen im Wattenmeer gesunken, während sich für das Nitrat kein Trend feststellen lässt. In der Deutschen Bucht nehmen die N-Konzentrationen jedoch ab. Für beide Nährstoffe gilt, dass die Werte in der Nähe der Ästuare nach wie vor deutlich höher sind. Im Wattenmeer sind jedoch weiterhin deutliche Auswirkungen der Eutrophierung feststellbar.

Für die Ostsee zeigen die Nährstoffmessungen im Rahmen des BLMP im Küstenbereich hohe Phosphat- und Nitratwinterkonzentrationen. Langfristig nimmt das Phosphat jedoch auch in der Ostsee leicht ab. Stickstoffverbindungen zeigen dagegen keinen eindeutigen Trend. Die erhöhten Nährstoffgehalte führen zu einem Anstieg der Anzahl und Produktivität der Algenblüten. Seegras und Blasentang gehen in ihren Beständen zurück. Es kommt regelmäßig zu Sauer-

<sup>5</sup> SRU, 2004: Meeresumweltschutz für Nord- und Ostsee. Sondergutachten des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen. Nomos-Verlag, 265 S.

<sup>6</sup> K. Essink, C. Dettmann, H. Farke, K. Laursen, G. Lürßen, H. Marencic, W. Wiersinga (Eds.) (2005): Wadden Sea Quality Status Report 2004.- Wadden Sea Ecosystem 19.

Baumkurrenfischerei mit ihren großflächigen Effekten auf das Makrozoobenthos findet in der Ostsee aufgrund der pelagischen Zielarten der Fischerei nicht statt. Dafür wird die Artenvielfalt der Bodentiere stärker als in der Nordsee durch Sauerstoffmangelsituationen reduziert.

Auch in der Ostsee verschwand das Seegras *Zostera marina* um 1930. Während zu dieser Zeit Makroalgen bis in 8 m Wassertiefe vorkamen, ist z.B. der Zostera-Gürtel heute auf 0-4 m Tiefe beschränkt. Neben der Zunahme der Trübung spielt die eutrophierungsbedingte Bevorteilung bestimmter Algenarten eine Rolle.

Der Übergangsbereich zwischen Land und Wasser ist in der Ostsee örtlich durch Salzwiesen und Röhrichte gekennzeichnet. Trendaussagen, wie sich diese Flächen entwickeln gibt es nicht. Generell unterliegen sie - wie auch die Dünen - örtlich starkem anthropogenen Belastungsdruck.

In der Ostsee gibt es mehr als 70 sogenannte Neozoa, Arten die nicht zum ursprünglichen Inventar der Ostsee gehören. Etwa 30% davon machen Fische aus, die überwiegend im Rahmen von Besatzmaßnahmen ausgesetzt wurden bzw. mit Ballastwasser in die Ostsee gelangten.

### 3.7.3 Umweltqualitätsziele

Gesellschaftlich gesetzte Umweltqualitätsziele beschreiben den angestrebten Zustand der Umwelt und berücksichtigt Aspekte wie die Regenerationsrate wichtiger Ressourcen, die ökologische Tragfähigkeit von Systemen, den Schutz der menschlichen Gesundheit und die Bedürfnisse heutiger und zukünftiger Generationen. National findet neben dem ökosystemaren Ansatz insbesondere das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung zunehmend Eingang in die Definition von Umweltqualitätszielen.

Konkrete Umweltqualitätsziele werden im Rahmen unterschiedlicher Vereinbarungen auf regionaler, nationaler und transnationaler Ebene mit unterschiedlichen Verbindlichkeiten für Ihre Erreichung bzw. Einhaltung formuliert. Im marinen Bereich sind Strukturen wie TMAP, OSPAR, HELCOM, ICES und die IMO von besonderer Bedeutung. Fortschritte beim Erreichen der Qualitätsziele werden durch Langzeitbeobachtungen ausgewählter Parameter überprüft (z.B. TMAP alle 5 Jahre) und u.a. in Form von Quality Status Reports veröffentlicht.

## 3.8 Klimawandel

### Prognosen und aktuelle Trends

Küstenrelevante Aspekte des Klimawandels sind vor allem der Anstieg der Atmosphärentemperaturen und des Meeresspiegels sowie die Zunahme von Stürmen und Niederschlägen. Dadurch sind Folgen des Klimawandels see- und landseitig der Küstenlinie zu erwarten. IPCC 2001 ([www.ipcc.ch](http://www.ipcc.ch)) prognostizieren 8 bis 88 cm Anstieg des Meeresspiegels bis 2100, zu denen für die deutsche Nordseeküste etwa 10-15 cm aufgrund geologischer Senkung der Küste hinzu addiert werden müssen. Der seit den 1960er Jahren beobachtete beschleunigte Anstieg des mittleren Tidehochwasserstandes an der deutschen Nordseeküste von bis dato 21,5 cm auf 42,3 cm pro hundert

so ziemlich  
mindestens  
ständig,  
da differenzierte

Betrachtung erforderlich. Komponenten:

11.08.2005

BIOCONSULT



Schuchardt &amp; Scholle

nächste Seite

Bei Küstenschutzmaßnahmen wird oft ein sektorener Anstieg von 25-30 cm beachtlich.

dort Jahre bestätigt den Beginn dieses Prozesses. Die starke Zunahme des Tidehubs und der Häufigkeit mittlerer Sturmfluten deuten Gleiches an.

3  
"überarbeiten"

**Auswirkungen**

Es sind  
mir  
Anmerkungen  
getroffen  
worden

Die Auswirkungen solcher Veränderungen auf den Küstenraum sind vielfältig<sup>7</sup>. Die dazu v.a. im Rahmen von BMBF geförderten Verbundvorhaben durchgeführten Analysen<sup>8</sup> sowie dem laufenden Vorhaben KRIM ([www.krim.uni-bremen.de](http://www.krim.uni-bremen.de)) belegen, dass offene Küsten und Vorländer zwar in begrenztem Umfang dem Meeresspiegelanstieg folgen können, jedoch auch Erosions- und Umlagerungsprozesse deutlich zunehmen werden. Wasserstände, Wellenklima und Extremereignisse verstärken den seeseitigen Druck auf die Küste, während binnendeichs mit steigendem Grundwasserständen und Verbrackung zu rechnen ist und die Wasserführung der Flüsse zunimmt. Durch die ausgebauten Flussmündungen erreichen die Wirkungen ungebremst, Sturmfluten sogar verstärkt, die Hafenstädte, insbesondere Hamburg und Bremen.

*Hinweis auf Berichte der Trilateralen Experten Gruppe*

**Anpassung** "Coastal Protection and Sea Level Rise" CPSL - 2002 + 2005 sehen

hier  
mir  
KRIM -  
Ergebnisse  
siehe  
CPSL!

Unter den in den o.g. Studien angenommenen Szenarien (ca. 0,5 m Meeresspiegelanstieg bis 2050) kommen die Autoren zwar zu der Einschätzung, dass solche Entwicklungen im Wesentlichen mit den bisher üblichen Strategien, Techniken und Methoden des Küstenschutzes zu bewältigen sein werden, doch gilt dies bereits heute nicht flächendeckend, und nur noch sehr eingeschränkt für den danach mit großer Wahrscheinlichkeit beschleunigt fortschreitenden Meeresspiegelanstieg. In den vorliegenden Analysen sind dazu exemplarische Lösungen diskutiert worden, z.B. eine Staffelung des Schutzsystems durch weitere Deichlinien oder die Errichtung von Sturmflutsperrwerken in den Mündungen der großen Flüsse (wie bereits vorhanden in Eider und Ems, Themse und Rhein). Vor allem der Insel- und Küstenschutz wird bezüglich seiner Anpassungsrhythmen und -methoden vor neue Aufgaben gestellt werden. Für die Ostfriesischen Inseln wird gelegentlich sogar bereits deren Dynamisierung und die entsprechende Verlagerung der Siedlungen vorgeschlagen.

*Vorrangiges Problem ist die wirtschaftliche Machbarkeit!*

Es kann davon ausgegangen werden, dass die binnendeichs eintretenden Klimafolgen durch die hoch entwickelten wasserwirtschaftlichen Managementsysteme und -organisationen bewältigt werden können.

**Strategien**

Bereits heute, unter noch „normalen“ Bedingungen, steigen die Kosten für die regelmäßigen Erhaltungskosten der Küstenschutzanlagen in der Fläche und insbesondere in den städtischen Bereichen stetig und erfordern zunehmend die Beteiligung des Bundes im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“. Die nachhaltige Sicherung des Küstenraums führt zu einem steigenden Bedarf an Raum und anderen z.T. begrenzten Ressourcen

<sup>7</sup> EEA (2004) Impacts of Europe's changing climate. EEA Report 2/2004 (European Environment Agency).

<sup>8</sup> Zu nennen sind insbesondere Daschkeit & Schottes 2002 (Hrsg.) Klimafolgen für Mensch und Küste am Beispiel der Nordseeinsel Sylt. Springer-Verlag Heidelberg  
Schuchardt & Schirmer 2005 (Hrsg.) Klimawandel und Küste. Die Zukunft der Unterweserregion. Springer-Verlag Heidelberg

Rechtspositionen zu schmälern. Schnittstelle zum formalen Genehmigungsverfahren könnte ein erweiterter Scoping-Termin sein;

- die Abstimmung zwischen verschiedenen Monitoringprogrammen sollte weiter verbessert werden und die Laufende Raubeobachtung des BBR gemeinsam mit dem BSH auf die 12 sm-Zone und die AWZ ausgedehnt werden;
- Die Verfügbarkeit von Informationen zu den Entwicklungen und Planungen im Küstenbereich ist eine wesentliche Voraussetzung erfolgreicher IKZM-Prozesse. Eine allgemein zugängliche, Internet-basierte **zentrale Informationsplattform** ist erforderlich. Diese soll bestehende Plattformen zusammenführen bzw. nutzen.

#### 4.8.2 Etablierung eines nationalen IKZM-Sekretariats und -Forums

BHVEC:

*wird nicht unterschätzt*

Die Einrichtung eines **nationalen IKZM-Sekretariats** soll dazu beitragen, die Umsetzung der nationalen Strategie zu begleiten und voranzutreiben. Es dient u.a. dem Informationsaustausch, in Zusammenarbeit mit den Ländern der Unterstützung regionaler IKZM-Aktivitäten, der Entwicklung internationaler Kontakte, der Abschätzung der Auswirkungen nationaler und internationaler Politiken auf den Küstenbereich, der Analyse langfristiger Veränderungen (z.B. Klimawandel), der Politikberatung und als „Frühwarnsystem“. Es hat die Möglichkeit, in Abstimmung mit dem nationalen Forum externe Gutachten zu vergeben. Es wertet das Monitoring aus und evaluiert den IKZM-Prozess und erstellt alle drei Jahre einen Fortschrittsbericht zur nationalen IKZM-Strategie.

Sowohl die Abstimmung bei einzelnen grenzüberschreitenden Planungen als auch die Harmonisierung der den Küstenbereich betreffenden nationalen und transnationalen Regelungen ist eine wichtige Voraussetzung, um die nachhaltige, dynamische Entwicklung der Küste zu befördern und Wettbewerbsnachteile zu verhindern. Dazu sollten die vorhandenen transnationalen Gremien verstärkt von der nationalen und z.T. auch der regionalen Ebene genutzt werden und die eigenen Positionen dort eingebracht werden. Das IKZM-Sekretariat kann diesen Prozess unterstützen und, bei entsprechender Legitimierung, auch einen Teil davon wahrnehmen.

Weitere Aufgabe ist die Unterstützung des nationalen IKZM-Forums.

Das **nationale IKZM-Forum** mit den beiden Bereichen Nord- und Ostsee soll in einem offenen Dialog langfristige Visionen der nachhaltigen Entwicklung des Küstenbereichs erarbeiten. In deliberativen Demokratien gewinnen solche Konsultations- und Verhandlungsprozesse im Vorfeld politischer Entscheidungen an Bedeutung und Erfahrungen aus anderen Beratungsprozessen zeigen, dass professionell gestaltete und durchgeführte Gremien auch und gerade ohne politische Entscheidungskompetenz einen wichtigen Beitrag in multidimensionalen Entscheidungsprozessen und auch einen Beitrag zur Deregulierung liefern können. In diesem Forum sind alle relevanten Akteure gleichberechtigt vertreten; als Orientierung kann das trilaterale Wadden Sea Forum dienen, an das das Nordseeforum u.U. auch anschließen könnte. Das Forum begleitet auch die Umsetzung des IKZM-Prozesses und die Weiterentwicklung der nationalen Strategie und weiterer IKZM-Aktivitäten. Es spricht nur Empfehlungen aus und auch Minderheitenpositionen werden dargestellt. Alle entstehenden Dokumente sind frei verfügbar. Die Ergebnisse werden u.a. in die Raumordnung einge-

Aufgrund der weitgehend alleinigen Zuständigkeit der EG im Fischereisektor verbleiben den Mitgliedstaaten nur wenige Möglichkeiten, die Fischereipolitik zu gestalten. Darauf hinzuweisen ist, dass Deutschland einerseits die Neuausrichtung und das Engagement zur Entwicklung einer nachhaltigen Fischereipolitik der EG unterstützt und andererseits zudem fordert, das Vorsorgeprinzip zentral zu stellen, weitere technische Verbesserungen zu entwickeln, zeit- und gebietsbezogene sowie mengenmäßige Restriktionen auszuweiten, die öffentliche Förderung einzuschränken und eine umweltverträgliche Aquakultur zu fördern.

Hinsichtlich der mitgliedstaatlichen Möglichkeit im Küstenmeer Bewirtschaftungsregeln und Schutzgebiete auch zum Erhalt der Fischressourcen festzulegen, sind die Maßnahmen der Küstenbundesländer insbesondere im Wattenmeer zu nennen und zu begrüßen. Einen weiteren Beitrag liefert die Meldung von NATURA 2000-Gebieten in der AWZ durch den Bund.

Da mitgliedstaatliche Aktivitäten nur begrenzt Einfluss auf die Entwicklung einer nachhaltigen Fischereipolitik haben, wird auch aus deutscher Sicht deutlich, dass dieses Grundanliegen nur durch eine Einbindung in einen integrierten Gesamtansatz (z.B. eine integrierte Raumplanung) verwirklicht werden kann. Aber auch Ansätze zur verbesserten Einbindung in ökonomischer und sozialer Hinsicht müssen vermehrt entwickelt und umgesetzt werden. Nachhaltige Fischerei bedeutet in diesem Sinne z.B. eine gezielte Förderung eines zweiten wirtschaftlichen „Standbeins“ der betroffenen Fischer, um die ökonomische Abhängigkeit zu reduzieren und dadurch auch den Nutzungsdruck auf die Fischereiresourcen abzubauen. IKZM kann für die Moderation von Veränderungsprozessen sinnvoll und erforderlich sein.

#### Agrarpolitik

Die agrarpolitischen Maßnahmen der Europäischen Gemeinschaft und die nationale Umsetzung dieser Vorgaben haben bislang eine intensive Landwirtschaft gefördert und dadurch, trotz verschiedener Maßnahmen der Umweltpolitik, einen hohen Nährstoffeintrag in die Meeresgebiete bewirkt. Die Gemeinschaft versucht mittlerweile diese <sup>Meeres</sup> Eutrophierung, von der eine besondere Gefährdung für die marinen Gebiete ausgeht, durch <sup>gewässer</sup> wasserpolitische Aktivitäten wie die Nitratrichtlinie<sup>15</sup>, die Kommunalabwasserrichtlinie<sup>16</sup> und auch die Wasserrahmenrichtlinie zu vermindern.


Zudem verfolgt sie <sup>seit 1992 schrittweise</sup> eine neue gemeinsame Agrarpolitik (GAP), die sich eine extensive und umweltverträglichere Landwirtschaft zum Ziel setzt. Dazu beitragen soll erstens <sup>die</sup> Einführung einer Betriebsprämie, deren Zahlung nicht mehr an die Produktion gekoppelt sein wird, zweitens die Bindung der Zahlungen unter anderem an die Einhaltung von Umweltnormen und drittens eine verstärkte Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums. Diese neue Politik wird auch in der nationalen Agrarpolitik Deutschlands vor allem durch das Hauptinstrument, die „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) umgesetzt.

Auch wenn diese Maßnahmen langfristig einen Beitrag zu nachhaltigen Wirtschaftsweisen liefern werden, so ist doch darauf aufmerksam zu machen, dass vor allem für eine Verbesserung der Situation in den marinen Gebieten die Einbindung in ein integriertes, strategisches Konzept erforderlich

<sup>15</sup> Richtlinie 91/676/EWG des Rates vom 12.12.1991 zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigungen durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen (ABl. EG Nr. L 375/180).

<sup>16</sup> Richtlinie 91/271/EWG des Rates vom 21.05.1991 über die Behandlung kommunaler Abwasser (ABl. EG Nr. L 135/40).

11.08.2005

BIOCONSULT  Schuchardt & Scholle

*Ein neues Betriebsprämienystem, bei dem die sogenannten Direktzahlungen nicht mehr an die Produktion gekoppelt sind*